

Wahlen in Panama: Kein Weg zurück – aber wie weiter?

Rubiel Cajar , Politiker und politischer Analyst

Anastacio Rodríguez, Akademiker und Projektkoordinator der FES Panama

Panama ist ein kleines Land mit großen Schätzen – und einer wechselhaften Geschichte, die von Konflikten um die Kontrolle dieser Schätze geprägt ist. Dies zeigt sich nicht zuletzt darin, dass Panama erst mit dem 1. Januar 2000 die vollständige Hoheit über den Panamakanal und die Panamakanalzone, einen Landstreifen entlang des Kanals, von den USA zurückerlangte.

Seither hat sich die Wirtschaftskraft Panamas verdreifacht. Der erzielte Wohlstand erreicht breite Teile der Bevölkerung jedoch nicht, die wirtschaftlichen und sozialen Lücken haben sich sogar noch vertieft. Nach wie vor sind fast eine Million Menschen in Panama von Armut bedroht. 45% der Arbeitnehmer_innen gehen in Panama informellen Arbeiten nach. Öffentliche und private Investition finden zu über 80% in der Metropolregion statt, die Bewohner_innen im Landesinneren haben hingegen nur einem begrenzten Zugang zu neuen Technologien und Infrastruktur.

Der Panamakanal ist einerseits zwar ein Wirtschaftsmotor für das Land, arbeitet allerdings auf der Grundlage eines hydraulischen Modells unter massivem Einsatz von Frischwasser. Mit der Erweiterung und dem Bau des dritten Schleusensatzes hat sich der Frischwasserverbrauch verdoppelt und der Druck auf die Seen, die diesen decken, zugenommen. Dies gefährdet nicht nur die Versorgung des Kanals, sondern auch die der Bevölkerung. Die von den Behörden vorgeschlagene Lösung, in Gebieten, die momentan zur Nahrungsmittelproduktion genutzt werden, neue Stauseen und Überschwemmungsgebiete anzulegen, geht jedoch auf Kosten der knappsten Ressource Panamas: das Land. Trotz dieser Herausforderungen gibt es wirtschaftliche und politische Akteure, die sogar den Bau einer vierten Reihe von Schleusen im nächsten Jahrzehnt vorschlagen.

Gleichzeitig fehlt auf politischer Ebene die Vision eines „*Panamá que queremos*“ („*Das Panama, das wir wollen*“) und daraus resultierend auch ein breiter nationaler Konsens um ein gemeinsames Länderprojekt. Das Fehlen eines solchen Projektes, zusammen mit dem markanten Anstieg der öffentlichen Korruption (u.a. die Fälle Odebrecht und Blue Apple), der Toleranz gegenüber illegalen oder irregulären Privatunternehmen (Panama Papers, Geldwäsche usw.), die Unfähigkeit der letzten Regierungen, auf die Forderungen der Bevölkerung einzugehen, die anhaltende Straflosigkeit durch die Untätigkeit der Justizorgane sowie die Unfähigkeit der Legislative, den Bürgerinteressen gerecht zu werden, sind deutliche Anzeichen für eine sich vertiefende politische Krise. Das

wirtschaftliche und politische Modell, das mit der Invasion der USA von 1989 auferlegt wurde, ist erschöpft.

Diese Rahmenbedingungen beeinflussen auch die anstehenden Wahlen am 5. Mai 2019, in denen das Präsidentenamt neu besetzt wird sowie 71 Abgeordnete, 81 Bürgermeister_innen und 679 Gemeindevertreter_innen gewählt werden.

Im Wahlkampf ließen sich vor allem **drei politische Positionierungen** identifizieren: erstens die Forderung nach einer Verlängerung des Status Quo, zweitens die Forderung nach einer Transformation desselben sowie drittens die Befürworter_innen eines klaren Bruches mit dem Status Quo. Die **drei Kernthemen** des Wahlkampfes waren **Korruption, ethisch-religiöse Themen** sowie die **Zukunftsvision** für Panama.

Eine erste Gruppe von Kandidat_innen nutzt den Aufruf gegen Korruption als Rammbock und identifiziert dabei die Funktionäre politischer Parteien als Hauptproblem. Weder das institutionelle System noch das Modell der Marktwirtschaft werden grundsätzlich hinterfragt. Diese Gruppe ist der Ansicht, dass es ausreiche, neue, "ehrliche und nicht beschmutzte" Amtsträger_innen zu wählen, die in der Lage sind, öffentliche Angelegenheiten effizient zu verwalten und Ordnung und Autorität im Land durchzusetzen. Befürworter_innen dieser Annahmen übernehmen auch den religiösen Diskurs der Verteidigung der Familie, gegen gleichgeschlechtliche Ehe und gegen Abtreibung. Wichtigster Vertreter dieser Position ist der unabhängige Kandidat Marco Ameglio.

Eine zweite Gruppe besteht auf die Notwendigkeit, die Institutionen durch Maßnahmen zu erneuern und zu stärken, die darauf abzielen, Transparenz und Unparteilichkeit des Justizsystems zu gewährleisten und die Korruption zu bekämpfen, ohne jedoch wesentliche Änderungen des Wirtschaftssystems vorzunehmen. Gleichzeitig wird die Reduzierung des öffentlichen Sektors, die Streichung von Sozialleistungen und eine schärfere Kontrolle der irregulären Migration gefordert. Diese Positionen werden zum Beispiel von dem unabhängigen Kandidaten Ricardo Lombana vertreten. Eine Variante in dieser zweiten Gruppe stellen jene dar, die eine Erneuerung der Institutionen als Synonym für Modernisierung sehen. Die staatliche Maschinerie sei veraltet und die Einbeziehung neuer Technologieplattformen erforderlich. Die institutionellen technischen Kapazitäten müssten gestärkt und Richtlinien konsolidiert werden, die Stabilität im öffentlichen Sektor gewährleisten. Diese Gruppe hinterfragt jedoch nicht den ausufernden Präsidentialismus oder die bestehende Machtverteilung, sondern appelliert vielmehr an die Nostalgie früherer Epochen, um Unterstützung zu gewinnen. In dieser Gruppe sticht der Kandidat Rómulo Roux der Partei *Cambio Democrático* hervor.

Eine dritte Gruppe bietet Änderungsvorschläge für das Land an, die eine Verfassungsreform, den Abbau der Präsidentialmacht, Veränderungen des

Wirtschaftsmodells und des politischen Wahlsystems, Änderungen im Sozialversicherungsfonds und eine Staatsreform beinhalten, die zu einer dezentralisierten "effizienteren " oder "guten Regierung" führen soll. Zwischen den Kandidat_innen, die diese Positionen vertreten, variieren die Forderungen z.B. in Hinblick auf das Verfahren zur Durchführung der Verfassungsreformen, die Art oder den Grad der Dezentralisierung sowie die geforderten Neuerungen des Wirtschaftsmodells.

In Bezug auf die Zukunftsvision für das Land innerhalb oder jenseits des Status Quo sind die Positionen diametral entgegengesetzt:

Die „*Visión 2050*“, die von den Unternehmensverbänden gefördert wird und auf eine Vertiefung neoliberaler Strukturen zielt (weniger Regierung, mehr Freihandel und mehr öffentlich-private Partnerschaften), wird hauptsächlich aus den Reihen der *Partido Revolucionario Democrático* (PRD) unterstützt. Es wird auch ein Rechtsstaat gefordert, der Geschlechtergerechtigkeit, soziale Gerechtigkeit, Respekt vor Multikulturalismus und Vielfalt sowie ökologische Nachhaltigkeit und Neutralität in den internationalen Beziehungen gewährleisten soll. Diese Ansätze werden in den Diskursen von Nito Cortizo (PRD) und José I. Blandón (*Panameñista*) vertreten.

Diejenigen, die für einen klaren Bruch mit dem aktuellen Status Quo eintreten, sind hingegen der Ansicht, dass das derzeitige Modell Ungleichheiten verstärkt und Armut verstetigt. Sie stimmen mit der ersten Gruppe darin überein, dass die Ursache der Krise die in den politischen Parteien festgefahrene politische Klasse sei. Sie argumentieren jedoch, dass das gegenwärtige politische Modell nicht zu retten sei und ein neuer Verfassungsentwurf erforderlich wäre, um die Krise zu lösen. Zu dieser Gruppe gehören Saúl Méndez von der *Frente Amplio por la Democracia* (FAD) und die unabhängige Kandidatin Ana Matilde Gómez.

In Umfragen und Studien zeigt sich zwar eine signifikante Unzufriedenheit der Bevölkerung mit dem Verhalten der politischen Klasse in Panama. Der Punkt, an dem sich eine parteienfeindliche Alternative bei den Wahlen am 5. Mai 2019 durchsetzen könnte, wie es in anderen Ländern der Region bereits geschehen ist, scheint jedoch noch nicht erreicht. Die Bevölkerung wünscht sich Veränderungen, aber die Mehrheit der Wähler_innen glaubt noch, dass diese von den Kandidat_innen politischer Parteien umgesetzt werden können.

Alle Umfragen deuten darauf hin, dass der Präsidentschaftskandidat der PRD, Laurentino Cortizo, der neue Präsident von Panama sein wird. Seit 2016 hat die politische Führung der PRD die Notwendigkeit einer politischen Erneuerung des Landes bestätigt, um den Aufbau einer „*Visión 2050*“ zu fördern. Es ist also möglich, dass wir in Panama bald einen Transformationsprozess erleben, der die Grundlagen für Veränderungen im Sinne einer sozialdemokratischen Vision legt. Die zentrale Aufgabe der neuen Regierung wird darin bestehen, einen nationalen

Dialog zu fördern, der einen Konsens über eine gemeinsame Zukunftsvision ermöglicht. Diese Zukunftsvision für ein Panama 2050 wird die notwendigen Strukturreformen bestimmen und die Gestaltung und Verwirklichung eines gemeinsamen Länderprojekts ermöglichen.